



George Soros im Audimax der Goethe-Universität. Foto: Christian Rieck

Star-Investor drängt Deutschland zum Handeln

George Soros startet eine Medienkampagne an der Goethe-Universität Frankfurt

„Lead or leave“ lautet Soros' Rat an Deutschland: Übernimm eine Führungsrolle im Kampf gegen die Krise oder verlass die gemeinsame Währung! Mit einer groß angelegten Medienkampagne versuchte Soros vor einigen Wochen, die Deutschen von seinem Rezept gegen die Krise zu überzeugen. Den Anfang machte er am 9. April in Frankfurt an der Goethe-Universität auf Einladung des Center for Financial Studies. Tags darauf erschien seine Rede auf den Online-Seiten mehrerer internationaler Medien und es folgten Interviews im Fernsehen sowie in Tageszeitungen. Kommentatoren und Blogger diskutierten seine Thesen – die Kampagne rolte.

Philanthrop oder Geschäftsmann?

Der 82-Jährige George Soros, ein US-Investor und Hedgefonds-Manager mit ungarischen Wurzeln, gibt sich als der große Euro-Retter, doch so ganz können ihm viele diese Rolle nicht abnehmen. Auch wenn er heute gerne als Philanthrop in Erscheinung tritt – viele seiner jüngsten Interviews erschienen im Feuilleton und nicht im Wirtschaftsteil der Zeitungen –, sehen die meisten in ihm noch den Investor, der in den 1990er Jahren Milliarden machte, als er gegen das britische Pfund wettete. Angeführt von Soros zwangen damals mehrere Spekulanten die Bank of England in die Knie und trieben das Pfund aus dem Europäischen Währungssystem. Nicht wenige Beobachter mutmaßten daher, dass die minutiös geplante Medienkampagne, mit der Soros sich selbst inszenierte, möglicherweise nur seinen eigenen finanziellen Interessen dient.

Auftritt im Audimax

Bei seinem Auftritt im Audimax auf dem Campus Westend wurde deutlich, dass Soros seine Anziehungskraft auch im hohen Alter noch nicht verloren hat. Rund 1200 Interessierte, zahlreiche Journalisten und insgesamt sechs Kamerteams kamen an diesem Tag, um Soros Vorschläge zur Rettung des Euro zu hören. Die meisten verfolgten seine Worte mit wachsendem Erstaunen.

Denn der Gastredner nahm kein Blatt vor den Mund. Er forderte Deutschland unumwunden dazu auf, die Krise entschlossener zu bekämpfen. Bisher habe die deutsche Regierung immer nur das absolut Nötigste getan, um den Euro zu retten. Dadurch trage sie auch Mitschuld an der Misere. Soros warnte, die Europäische Union könne auseinanderbrechen, wenn die Rezession in den Krisenländern weiter anhält und die Kluft zwischen

Schuldner- und Gläubigerländern größer wird.

Deutschlands Rezept einer radikalen Sparpolitik für alle Krisenländer hält Soros für verheerend. Damit werde das Wirtschaftswachstum in diesen Ländern nur noch weiter ausgebremst. Die Lösung der Probleme liegt für ihn auf der Hand: Deutschland solle den Euro verlassen oder der Einführung von Eurobonds zustimmen.

Beide Alternativen sind für Deutschland jedoch ein rotes Tuch.



Was sagt der Star-Investor zur Rettung des Euro? Riesiger Andrang im Audimax. Foto: Christian Rieck

2011 machte sich die EU-Kommission für die Umsetzung von Eurobonds stark und es wurden seither mehrere Varianten der EU-Anleihen diskutiert. Die deutsche Regierung lehnte die Vorschläge allerdings wiederholt ab.

Eurobonds ...

Als Eurobonds werden gemeinsame europäische Staatsanleihen bezeichnet. Damit könnten die Euro-Länder gemeinschaftlich neue Schulden aufnehmen und gemeinsam für die Rückzahlung der Kredite und Zinsen haften. Ein Teil der Schuldenlast jedes Mitgliedstaates würde so auf die Schultern aller Euro-Länder verteilt. Dadurch ver-

mindert sich das Risiko, dass Krisenländer ihre Schulden nicht zurückzahlen können. Ihre Zinslast sinkt und sie müssen weniger sparen, was wiederum zu mehr Wirtschaftswachstum führen würde. Umgekehrt steigen durch Eurobonds die Zinsen in Ländern mit guter Kreditwürdigkeit, wie Deutschland, da diese das höhere Ausfallrisiko der Krisenländer mitfinanzieren müssten.

So widersprach auch Otmar Issing, Präsident des Center for

Financial Studies und früherer Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, als Moderator des Vortrags Soros' dem Investor unmittelbar: Gemeinsame Staatsanleihen würden letztlich dazu führen, dass der deutsche Steuerzahler indirekt die Staatsschulden anderer Länder mitfinanziert. Entgegen dem Prinzip „No taxation without representation“ geschehe diese Umverteilung ohne transparente Abstimmung und sei damit nicht demokratisch legitimiert.

Die Gegner von Eurobonds befürchten zudem, eine Einführung der gemeinsamen Staatsanleihen könne falsche Anreize für Krisenländer setzen. Die Länder hätten dann keinen Grund mehr, ihre Haushalte in Ordnung zu bringen und Strukturreformen durchzuführen, wie z.B. das Bildungs- oder Rentensystem zu erneuern. Nach der Soros-Rede wiesen Kritiker außerdem darauf hin, dass die Idee gemeinsamer Staatsanleihen im Grunde in dem bereits existierenden Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) verwirklicht ist. Der Mechanismus hilft Krisenländern, denen die Zahlungsunfähigkeit droht, mit Krediten aus, wenn sie sich an bestimmte Auflagen halten.

... oder raus aus dem Euro?

Für Soros' Alternative zu Eurobonds, einem Austritt Deutschlands aus der Währungsunion, dürften sich allerdings noch weniger Fürsprecher finden. Der Euro, so Soros, könne auch problemlos ohne Deutschland weiter bestehen. Es käme dann zu einer Abwertung der Währung, die Schulden der Krisenländer würden sinken und sie könnten wieder wettbewerbsfähiger werden.

Deutschland müsste im Gegenzug die D-Mark wieder einführen, die sofort stark aufwerten würde. Es wäre zum einen weniger wettbewerbsfähig, zum anderen müssten deutsche Banken und Unternehmen auf alle Forderungen und Investitionen, die weiterhin auf Euro lauten, Verluste hinnehmen. Der Austritt hätte außerdem weitreichende politische Auswirkungen, würde Deutschland ins Abseits befördern und könnte die Stabilität in der gesamten Europäischen Union gefährden.

Soros' Lösungsvorschlag der Krise – so eloquent er im Frankfurter Audimax auch vorgetragen wurde – ist also umstritten. Unumstritten ist jedoch, dass die Diskussion um gemeinsame Staatsanleihen im Euroraum bestens geeignet ist, gerade in einem Bundestagswahljahr für politischen Zündstoff zu sorgen.

Ina Christ